

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Guist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adreßstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

An die organisierten Arbeiter aller Länder*

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrückung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Weltmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedens“-bedingungen herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schimmiger Art dar. An Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Verschönerung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Völkervertrag von 70 Millionen zu Geloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weltstaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer Landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Prozent unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsflotte erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermesslicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschuldungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weltstaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,33 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus herangegangen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschuttkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bureaukraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkervertrag zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Sozialkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Bündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterschutz.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchie vereinte, so erleben wir jetzt unter Führung der Weltmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Verletzung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgeblieben zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

* Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beschloß, zu den Friedensbedingungen der Entente diesen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen. Leider ist er erst durch den Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst so spät zugegangen, daß wir ihn in voriger Nummer nicht mehr veröffentlichen konnten. So wichtige Kundgebungen sollten den Blättern doch sofort nach ihrem Erscheinen auf schnellstem Wege zugänglich gemacht werden.

Gegen Parteidiktatur, für politische Freiheit

Der stürmische Meinungskampf in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bedroht die Grundfesten unseres Verbandes. Die Einheit und Geschlossenheit der größten Organisation der Welt ist in Gefahr, denn schon rehet man hüben und drüben von Spaltung. In einer solchen Zeit ist es nach meinem Dafürhalten die höchste Pflicht aller Kollegen, die bisher nicht leidenschaftlich an dem Meinungskampfe beteiligt waren, aufzutreten und in Wort und Schrift zur Besonnenheit und Einigkeit zu mahnen. Die Kollegen können dieses um so mehr tun, je mehr sie davon überzeugt sind, daß nach dieser Sturmzeit und welterschütternden Zeit auch einmal wieder eine Zeit kommt, wo man über sehr viele Dinge mit größerer Ruhe und Sachlichkeit nachdenkt, als dieses leider augenblicklich der Fall ist. Der Egoismus des einzelnen, der oftmals zur Raubgier ausartet, wird verschwinden und wieder höheren idealeren Lebensauffassungen Platz machen müssen. Die krankhaften Auffassungen, die der verheerende Krieg über die moralischen Begriffe der ganzen Menschheit gebracht hat, müssen geheilt und überwunden werden. Das alles können wir aber dann am besten und leichtesten, wenn der Friede, der uns letzten Endes ausgezogen wird, ein solcher ist, daß er uns Lebensmittel und Rohstoffe bringt. Aber auch dann, wenn er uns diese bringt, wird er noch derartig sein, daß wir ein Menschenalter hindurch unter den elendesten Wirtschaftsverhältnissen zu leiden haben. Wir werden mehr oder weniger die Lohnsklaven eines fremden Kapitalismus sein und der Einheit unter der Arbeiterbewegung dringend bedürfen. Welche Gefahr die Spaltung für die Arbeiterbewegung bedeutet, sehen wir täglich in der politischen Partei. Wir sollten sie daher mit allen Mitteln in der Gewerkschaftsbewegung verschütten. Auch die extremsten Kollegen in der Metallindustrie werden einsehen müssen, daß wir noch lange mit der kapitalistischen Produktionsweise zu rechnen haben und es vor allen Dingen darauf ankommt, die Rechte der Arbeiter in der konstitutionellen Fabrik derartig auszubauen und zu verankern, daß wir niemals wieder in das frühere Abhängigkeitsverhältnis hineingeraten können. Die Arbeiterbewegung der einzelnen Betriebe und Industrien muß mithelfen können, die Sozialisierung vorzubereiten und durchzuführen.

Darin liegt aber auch, daß wir in der Zukunft die gewerkschaftliche Organisation noch sehr notwendig haben und es ein Verbrechen an der Metallarbeiterbewegung Deutschlands wäre, wenn wir unseren großen stolzen Verband selbst zertrümmern würden. Wollen wir dieses aber verhindern, so muß wieder politische Duldsamkeit in unsere Reihen einziehen, wir müssen wieder verstehen lernen, auch in unserem Kollegen, der eine andere Auffassung über Sozialismus, Demokratie, Sozialisierung und Räteystem hat, den ehrlichen und braven Menschen zu sehen, der bestrebt ist, die Interessen der Arbeiterbewegung nach bestem Wissen und Können zu vertreten. Es darf unter keinen Umständen bei der Beurteilung eines Kollegen das politische Mitgliedsbuch oder Glaubensbekenntnis entscheidend sein, sondern einzig und allein seine Tüchtigkeit und Leistungen für den Verband und seine Mitglieder. In unserem eigenen Verbandsrat hat die Erfahrung gezeigt, daß wir gute und schlechte Angestellte von rechts und links gehabt haben. Ebenfalls hat die Erfahrung bewiesen, daß wir wenige Kollegen haben, die im Angestelltenverhältnis ihren früheren links gerichteten und sehr radikalen Anschauungen treu geblieben sind. Es ist dieses etwas so Selbstverständliches, daß es nach meiner Ansicht auch in der Zukunft noch oft vorkommen wird. Die Praxis ist der beste Lehrmeister und mancher, der vorher alles besser können wollte und auf die Gewerkschaftsbureaukratie schimpfte, hat nachher einsehen müssen, daß auch er nicht stärker war als die Verhältnisse, daß auch er die Menschen nehmen mußte wie sie waren und nicht wie er sie gerne gehabt hätte.

Erkennen wir dieses auf beiden Seiten an, so ist der Weg der Verständigung klar vorgezeichnet. Wir werden dann für beide Richtungen in unserem Verbande Platz haben und nicht allein bei den Mitgliedern einer Vertretungsstelle, sondern auch bei den Angestellten. Wollen wir Fragen austragen, über die Meinungsverschiedenheiten bestehen, so haben wir vornehm und sachlich zu diskutieren, so daß wir stets als Mensch und Kollege auch die besten Freunde sein können. Offenheit und Ehrlichkeit muß das Leitmotiv jedes Kollegen und ganz besonders jedes Angestellten sein. Seit Jahren vor dem Kriege beklagen wir, daß unser Verband wohl stark in die Breite, aber nicht in die Tiefe gegangen ist. Beim Suchen nach Angestellten trat es am deutlichsten in die Erscheinung. Der starke Ausschlag an Mitgliedern erforderte immer neue Kräfte, aber das Angebot guter Kräfte wurde immer geringer. Zum Teil waren sie nicht vorhanden und zum anderen Teil hatten sie keine Lust, sich den vielen Nebenarbeiten in der Arbeiterbewegung anzuschließen. Wie ist es nun heute? In jeder Nummer der Metallarbeiter-Zeitung stehen lange Anzeigen, wo überall Angestellte gesucht werden. Das selbe Bild sehen wir in der Gesamtarbeiterbewegung. Kartell-, Arbeiter- und Parteisekretäre, Redakteure usw. werden täglich gesucht. Sogar kommt, daß wir durch die politischen Umwälzungen überall in den Gemeinden, im Staat und im Reich tüchtige Genossen notwendig haben. Eine Nachfrage, die mit dem besten Willen nicht zu befriedigen ist. Wir sehen zum größten Bedauern, daß in einzelnen Fällen auf Novemberräte zurückgegriffen wird. In einer solchen Zeit müssen wir nun feststellen, daß in einer Anzahl unserer Vertretungsstellen gute, tüchtige, alterfahrene und erprobte Angestellte entlassen werden weil sie nicht zu den Linkssozialisten gehören. Sie werden wegen ihrer politischen Überzeugung gemahregelt, gemahregelt von Leuten, die früher immer am lautesten nach politischer Freiheit, nach wahrer Demokratie und gegen die Unterbindung der Meinungsfreiheit schrien. Ich bin sehr überzeugt: würden die Gemahregelten soweit links gestanden haben, daß sie überhaupt keine Sozialdemokraten mehr wären, sondern Anarchisten, Spartakisten und Bolschewisten, so würde man sie nicht entlassen haben. Man hätte ihnen nicht vorgeworfen, sie verträten nicht die Interessen der Arbeiter. Nein, man würde ihrem Phrasengebimmel und ihrem Verschleiden von Kapitalisten zugehört haben. Damit wird aber deutlich bewiesen, wohin die Reise geht und zu welchem Lummelplatz unsere Organisation wird, wenn solchen Zuständen nicht mit Entschiedenheit entgegengetreten wird und die vernünftigen Kollegen bei der Meinungsrichtung dem nicht steuert. Der politischen Mahregelung folgt der Lertor auf dem Fuße. Den besten Beweis haben wir in Berlin, wo, gestützt auf den Beschluß des Vollzugsrates, Reichssozialisten aus den Betrieben heraus müssen, weil die Arbeitskammer sich weigert, mit den Kollegen zu arbeiten, da durch sie das gute Einvernehmen gefährdet würde. Wenn die Beschlüsse, daß diejenigen, die einem Frei-

willigentorps angehört haben, in keiner Werkstatt mehr gebildet werden sollen!

Wollen die Kollegen der U. S. P., daß in unserem Verbandsrat und darüber hinaus auch in den Werkstätten der Metallindustrie Recht und Gerechtigkeit gewahrt wird, dann müssen sie mit uns gemeinsam gegen solche Zustände Front machen. Andersfalls wird Gewalt gegen Gewalt gebraucht werden, alles wird schreien: haßt du meinen Juden, so haße ich deinen Juden, und es werden Verhältnisse geschaffen, die zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung ausschlagen müssen. Etwas gutem Willen ist in unserem Verbandsrat für alle Platz. Meinungsverschiedenheiten haben stets bestanden und sind auch ausgetragen worden. Ich erinnere an die Kaiserzeit, an die Generalfreilager, an die politische Debatte auf der Berliner Generalversammlung 1915 und 1917 in Köln. Der Schreiber dieses Artikels hat in allen diesen Fragen auf der linken Seite gestanden und manchen scharfen Meinungskampf mit seinen Kollegen ausgetragen — aber wir blieben Freunde. Innerhalb unseres Verbandes darf nicht nach der politischen Meinung des einzelnen gefragt werden, sondern nach seinem Können und Willen für die Gewerkschaften, für den Verband. Wir nehmen alle Arbeiter, ganz gleich welcher politischen Richtung, in unseren Verband, mithin müssen sie auch das Recht haben, im Verbandsrat Stellen als Funktionäre, Delegierte oder Angestellte bekleiden zu können. Mit aller Schärfe müssen es unsere Mitglieder zurückweisen, daß in der nächsten Zeit bei der Aufstellung der Kandidaten zum Verbandsrat die Kandidaten in der einen oder anderen Frage bei der Aufstellung festgelegt werden. Auf dem Verbandsrat, wo die Wogen hoch gehen werden, wo scharfe Meinungskämpfe ausgetragen sind, da soll jeder Delegierte nach ruhiger und sachlicher Prüfung für seine Person entscheiden und nicht vorher von einer einseitig orientierten Mitgliedschaft festgelegt werden sein.

Unsere alten Mitglieder mögen ja nicht vergessen, was bisher in der Gewerkschaftsbewegung geleistet worden ist, was sie selbst für den Verband in schwerer Zeit getan und gelitten haben. Heute ist es leicht, im Verbandsrat der Gewerkschaften Mann zu sein, ebendort war es sehr schwer; viele von den heutigen lauten Kämpfern im Streite haben es da vorgezogen, nicht in unseren Reihen zu kämpfen. Kollegen! Seid einig! Stehet zusammen, denn es handelt sich um das Fortbestehen eures Verbandes. Denkt an die unglückliche Spaltung in der politischen Bewegung und ihr werdet den großen Schaden ermessen.

A. Haas (Köln).

Sitzung des erweiterten Beirats

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte am 15. und 16. Mai 1919 wieder eine Sitzung des erweiterten Beirats nach Stuttgart einberufen. Die Verhandlungen behten sich jedoch auf den 17. Mai aus. Es ist uns leider wegen Raummangels unmöglich, über diese Verhandlungen mit der gleichen Ausführlichkeit zu berichten wie über die vom März dieses Jahres.

- Die vom Vorstand aufgestellte Tagesordnung war:
1. Die gegenwärtige Situation im Verband.
 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Metallindustriellenverband wegen Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft.
 3. Anträge des Vorstandes zum Verbandsrat.

Ferner lagen Anträge vor auf Einberufung von Reichskonferenzen für die Klempner, die Graveure und Zifeleure, für die Rähmaschinenindustrie. Von Mitgliedern des Beirats wurden in der Sitzung noch beantragt Konferenzen für die Elektromonteur, die Metalldrücker und die Fahrradarbeiter. In bezug auf diese Konferenzen bemerkten wir hier gleich vorweg, daß der Beirat zu dem Entschluß gelangte, in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse die Beschlußfassung zu vertagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es infolge der Berichterstattung in der Berliner Generalversammlung am 27. April über die engere Beiratsitzung vom 17. April zu einer längeren Erörterung der Frage, wie in Zukunft die Berichterstattung über die Beiratsitzungen und die Ausbündigung der Niederschrift an die Mitglieder des Beirats geschehen solle. Es wurde stenographische Aufnahme der Verhandlungen beantragt. Obwohl dies für diese Sitzung unmöglich war, wurde über den Antrag abgestimmt. Mit 17 gegen 8 Stimmen wurde die stenographische Aufnahme abgelehnt, womit, wie ausdrücklich bemerkt wurde, den Entscheidungen des künftigen Beirats in keiner Weise vorgegriffen werden soll. Es wurde dann beschlossen, den Mitgliedern des Beirats jeweils einen Auszug aus der Niederschrift zuzustellen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung bemerkte Reichleiter, er müsse über den engen Rahmen, der im eigenen Beirat gezogen wurde, hinausgehen. Wir könnten nicht an den Friedensbedingungen vorbeigehen, weil diese auf unsere Volkswirtschaft und besonders auf die Metallindustrie die verberlichsten Wirkungen ausüben würden. Redner bewies dies durch ausführliche Zahlenangaben. Die Verpflichtungen, die wir erfüllen sollen, letzten eine Volkswirtschaft mit höchster Leistungsfähigkeit voraus. Zu den finanziellen Lasten kämen noch die Verluste, die wir durch Abtrennung von Bundesstellen mit wichtigen Rohstoffen (Kohlen, Erz und Stahl) und Rohmaterialien erleiden sollen. Wir hätten dadurch mit großer Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie zu rechnen, was auch bei Ausbau unserer Schmelzen, überhaupt bei Ausgestaltung der Organisation zu berücksichtigen sei. Redner wandte sich dann den Streitigkeiten im Verbandsrat zu. In der Sozialisierungsfrage trenne uns grundsätzlich nichts von U. S. P. Auch in bezug auf die Arbeiter- und Betriebsräte nicht. Wir warnen nur vor überschüssigen Hoffnungen, denn nach Lage der Verhältnisse werde der erhoffte wirtschaftliche Nutzen nicht erzielt werden, weil wir zunächst unser nadies Dasein zu fristen versuchen müßten. Deshalb habe sich der Vorstand zu der Forderung verpflichtet gehalten, den politischen Streit nicht in unsere Organisation zu tragen, der Entscheidung zeige wie in Bremen usw. Diese Maßregelungen von Verbandsangestellten seien durchaus reaktionär und nicht geeignet, die Organisation zu fördern. Diese Gesinnungsverfolgungen seien eine Nachahmung des alten in Trümmern gesunkenen Regiments. Es könne nicht ausbleiben, daß dies Gegenstand erzeuge. Die Befragung von Verbandsmitgliedern dürfe nicht nach der Parteischablone geschehen. Das Wort eines Verbandsmitgliedes über eine Spaltung habe nicht den ihm unterstellten Sinn. Bisher sei es nicht üblich gewesen, aus Neugierungen in Sitzungen einzelne Sätze herauszugreifen und zum Gegenstand von Angriffen zu machen. Das verbindere in Zukunft eine offene Aussprache. Er, Redner, habe in seinen Ausführungen am 17. April ausdrücklich betont, daß wir einer

Zerbrechung der Organisation vorbeugen und zu einmütigem Handeln kommen müssen. Der Vorstand habe den Willen, die Einigkeit aufrecht zu erhalten...

Die Aussprache war eine sehr eingehende. Schumann erklärte sich gegen eine Konferenz der Bevollmächtigten, unsere höchste Instanz sei die Generalversammlung...

Spiegel: Wir haben früher nicht das geachtet, was heute darüber von untreuen Köpfen erzählt wird. Wenn es bei uns so weitergeht, bringen viele mehr ab, die Ehrlichen freuen sich darüber...

Rufsch: Hätte schon Zeit gehabt, sich über die Vorkommnisse an den einzelnen Orten zu informieren, um erleben zu können, was vorgegangen. Wir sehen auch auf dem Standpunkt, daß wir zusammenarbeiten...

Kuhse: Ich habe schon die Beschlüsse der Generalversammlung, notwendig ist die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Auf Verordnungen solle er heute nicht eingehen...

Kuhse: Ich habe schon die Beschlüsse der Generalversammlung, notwendig ist die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Auf Verordnungen solle er heute nicht eingehen...

Kuhse: Ich habe schon die Beschlüsse der Generalversammlung, notwendig ist die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Auf Verordnungen solle er heute nicht eingehen...

Kuhse: Ich habe schon die Beschlüsse der Generalversammlung, notwendig ist die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Auf Verordnungen solle er heute nicht eingehen...

Kuhse: Ich habe schon die Beschlüsse der Generalversammlung, notwendig ist die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Auf Verordnungen solle er heute nicht eingehen...

Betriebliche Besinnungsarbeit getrieben und damit den Unternehmern Waffen geliefert. Wenn bei den Wahlen zum Verbandstag die Frage nach der politischen Stellung der Kollegen eine entscheidende Rolle spiele...

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die Räte unter die Häcker. Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

Er lasse sich nicht nachfragen, daß er die Arbeiter verrette, aber er könne es abwarten, bis Rufsch und Löffel mit genau demselben Maß gemessen werden...

mann: Man solle die Augen nicht verschließen bei Vorgängen in der Organisation. Die ganze Misere komme von der Spaltung der politischen Organisation. Der Vorstand habe immer die Politik der Mehrheitssozialisten als maßgebend erachtet...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle, wie es notwendig sei...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Im Schlußwort bemerkt Heide: Er wolle sich kurz fassen, weil wir auch in diesem Kreise die im Flug befindlichen Dinge nicht ändern können und weil man in Berlin nicht mit der Objektivität die Frage behandle...

Gewerkschaftsentwicklung und -Zertrümmerung!

Bei den großen Auseinandersetzungen, die heute die ganze deutsche politische Arbeiterbewegung man kann sagen erschüttert, ist uns dank vieler Einsicht der denkenden Kollegen ein Träger deutscher Arbeiterbewegung, die Gewerkschaft, erhalten geblieben...

Die Männer, die an der Spitze unseres Verbandes stehen, sind im wesentlichen die gleichen wie 1891. Es gereicht ihnen meines Erachtens zum Ruhme, daß sie aus kleinen Anfängen den Verband hinausgeführt haben zur größten gewerkschaftlichen Organisation. Es kann ihnen niemand streitig machen, daß sie vereint mit dem Werkstättenvertrauensmann im schlichten Arbeitsgewand und sonstigen kühnen bedeutenden Ertragensflächen für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Metallgewerbe zu verzeichnen haben. Wer dieses nicht einsehen kann, der kennt die Geschichte unseres Verbandes nicht oder er läßt sie mit Gleichgültigkeit. Und beides ist unrecht!

Über die sogenannte Einheitsorganisation noch viel zu sagen, halte ich nach dem in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung schon Gesagten für überflüssig. Nur eines sei betont. Unsere heutigen Zentralverbände so wie sie bestehen, sind lebens- und entwicklungs-fähig und nicht zuletzt darauf hin, was eine Einheitsorganisation notwendig macht, außer daß eine Minderheit mit ihr andere Zwecke verfolgte. Die bis jetzt gemachten Vorschläge bedeuten also keine Verbesserung des Verbandes. Ihre Vertreter mögen sich aber merken, daß gewerkschaftlicher Kampf nicht allein geführt werden kann im Vertrauen auf gefällige Kräfte, sondern vornehmlich auf die tätige Solidarität, und in die sucht man heute Freische zu legen. Wenn auch zugestandenermaßen die Gewerkschaft sich natürlich der neuen Zeit anpassen muß, wenn manche Verfassungsänderung in unserm Verbande Platz greifen muß, so kann dies doch nur auf den gewerkschaftlichen Kongressen und Generalversammlungen der Zentralverbände vor sich gehen, jedoch nirgends und niemals auf dem Wege eines politisch-gewerkschaftlichen Einheitsverbandes. Das wäre ein Drei, den niemand zu verdammen in der Lage sein würde.

Adolf Stahlberg (Amberg).

Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1918

Aus dem den Verbandsvorständen unterbreiteten Bericht der Generalkommission für 1918 veröffentlicht das Korrespondenzblatt Nr. 18 folgenden Auszug:

Durch den Zusammenbruch Deutschlands haben verschiedene Arbeiten und Beschlüsse, über die noch zu berichten wäre, nur historische Bedeutung. So zum Beispiel der Versuch der Vaterlandspartei im Oktober 1918, eine Verständigung mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland herbeizuführen. Der Volksbund stellte die Bedingung, daß die Vaterlandspartei ihrer annektionistischen Pläne entsage und sich auf den Boden der Friedensresolution des Reichstages stellen müsse, was abgelehnt wurde, so daß die Aktion der Vaterlandspartei erfolglos blieb.

Aber auch der Volksbund selbst wurde nach der Auffassung der Generalkommission dadurch überflüssig, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen durch die neue Reichsregierung gesichert wurde und daß ein neues Arbeiterrecht nach den Erklärungen des Reichskanzlers vom 5. Oktober 1918 auch international im Sinne der Bremer Gewerkschaftskonferenz geschaffen werden sollte. Bereits im Oktober 1918 äußerte der Vertreter der Generalkommission im Vorstande des Bundes diese Auffassung und im Dezember stellte die Generalkommission selbst den Antrag, den Bund aufzulösen. Infolge der Verkehrsverhältnisse wurde der Ausschuß zur Entscheidung über den Antrag noch nicht zusammenberufen. Aber die Generalkommission gedenkt ihre weitere Mitarbeit auch dann einzustellen, wenn die Auflösung nicht erfolgen sollte.

Der Bericht geht sodann auf die Bemühungen des Prof. Brentano (München) ein, eine gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrages herbeizuführen. Brentanos Vorschläge bezweckten eine Abänderung und Ergänzung des § 105 der Gewerbeordnung. In den Beratungen hieüber waren Vertreter der Verbände beteiligt, die Reichsstatistik mit den Unternehmern abgeschlossen haben, sowie Vertreter der Christlichen und Nicht-Christlichen Gewerkschaften. Es wurden Vorschläge über den kollektiven Arbeitsvertrag aufgestellt, denen bei der letzten Beratung die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften nicht beitrugen, weil sie befürchteten, in der vorgesehenen Organisation eine genügende Vertretung nicht zu erhalten. Brentano gab daher seinen Plan auf, der überdies durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände überholt wurde. Das gleiche ist nach dem Bericht mit dem Arbeitskammergesetz in der von der früheren Reichsregierung vorgelegten Fassung der Fall. Die Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft werden die Aufgaben der sachlichen Arbeitskammern erfüllen können und mehr und weiser zu leisten vermögen als die durch gesetzliche Zwang errichteten Arbeitskammern. Der öffentlich-rechtliche Charakter kann, wie dies in ähnlichen Fällen schon geschehen ist, durch Gesetz übertragen werden. Daneben seien jedoch territoriale Arbeitskammern zu errichten, die alle Arbeitnehmer umfassen würden, was bei den Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft, die sich auf die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stützen, nicht der Fall ist. Durch Verordnung des Reichsarbeitsamts sind inzwischen Arbeitskammern für Bergbau- und Hüttenbetriebe errichtet worden und die Schaffung örtlicher oder bezirksweise zu organisierender Vertretungen der Arbeitnehmer wurde durch die Reichsregierung aufgegeben. Somit ist eine Vertretung der Arbeitnehmerchaft gesichert, die weit über das hinausgeht, was das frühere Arbeitskammergesetz bringen sollte.

Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen hatte beabsichtigt, seine Tätigkeit über den Krieg hinaus fortzusetzen und forderte eine Erhöhung der Beiträge. Die Generalkommission lehnte die Beitragserhöhung ab, weil sie der Auffassung ist, daß die Tätigkeit des Ausschusses nach Kriegsende einzustellen sei.

An den Vorarbeiten für die Demobilisierung hat die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war. Die verschiedenen Ämter in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander und die Gefahr bestand, daß bei der von der Entente bewilligten kurzen Frist der Demobilisierung eine Katastrophe hereinbrechen könnte. Auf Anregung von Unternehmenseite schloß die Generalkommission eine Vereinbarung ab, der die Konferenz der Vorstandsvertreter am 1. November 1918 zustimmte; diese Vereinbarung regelte das einheitliche Zusammenwirken der Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer in allen Fragen der Demobilisierung und der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Sie forderte von der Reichsregierung die Einrichtung einer Demobilisierungsbehörde als selbständiges Reichsamt, für deren Tätigkeit sie die näheren Grundzüge aufstellte. Als diese Vereinbarung am 5. November dem Reichskanzler in einer Sitzung vorgelesen wurde, erhob die Regierung die größten Bedenken und es bedurfte des Ultimatus durch den Vorsitzenden der Generalkommission, um der Regierung das nötige Verständnis für den Ernst der Situation beizubringen. Legien erklärte den Herren, daß bei so feindseliger Behandlung der großen Sache die Gewerkschaften und wohl auch die Unternehmerorganisationen ihre Mitarbeit versagen müßten. Die Sitzung verlief ohne Ergebnis, aber schon am nächsten Tage hatte der Reichsstatistiksekretär eine weitere Sitzung mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter veranstaltet, in der es zu einer Einigung mit der Regierung kam. Das Demobilisierungsamt wurde sofort geschaffen, und der mit ausreichenden Vollmachten als Staatssekretär berufene Dr. Koeth bemühte sich sofort, die Verständigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern über ein einheitliches Handeln herbeizuführen. Die hierzu nötige Organisation entstand in der Arbeitsgemeinschaft, aber doch nicht rechtzeitig genug, und sie ist auch bis heute noch nicht so ausgebaut, um sich wirksam in der Demobilisierung zu betätigen. Freilich war auch die Situation, die durch die Bedingungen des Waffenstillstandes entstanden war, außerordentlich schwierig. Das Demobilisierungsamt hat zwar eine Anzahl wertvoller Verordnungen erlassen, aber den Mangel, die entlassenen Truppen den geeigneten Arbeitsplätzen zuzuführen und die vorhandenen Rohstoffe entsprechend zu verteilen, konnte es nicht zur Ausführung bringen. Ein Hindernis boten dabei noch andere Kriegskräfte, die ihr Fortbestehen und bisheriges Wirken für notwendig hielten. Das Demobilisierungsamt soll jetzt seine Tätigkeit einstellen. Von der

Arbeitsgemeinschaft war je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zur ständigen Mitarbeit in das Demobilisierungsamt berufen.

Die Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands wurde am 4. Dezember 1918 gegründet, nachdem schon Ende Dezember 1917 und Januar 1918 die ersten Besprechungen stattgefunden hatten. In einer Sitzung am 2. Oktober 1918 wurde von beiden Seiten die Auffassung vertreten, daß ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges die Erwerbsverhältnisse nach Friedensschluß so ungünstig sein würden, daß die Arbeitskraft nur beim Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor schweren Schädigungen bewahrt werden könne. Am 22. Oktober 1918 fand eine weitere Besprechung im größeren Kreise statt und in einer Sitzung vom 7. November 1918 konnte bereits der Entwurf zu einer Vereinbarung in Auftrag gegeben werden. Die Vereinbarung kam am 15. November zustande und ist damals im Korrespondenzblatt veröffentlicht worden. Aus dieser Vereinbarung ging dann am 4. Dezember die Arbeitsgemeinschaft hervor mit der Aufgabe, die Vereinbarung durchzuführen. Auch über den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft ist im Korrespondenzblatt berichtet worden. Der Ausbau der Arbeitsgemeinschaft sei nicht in dem Maße vorwärts gegangen, wie es für die Demobilisierung notwendig gewesen wäre. Von Seiten der Gewerkschaften wurde zunächst Genosse Schlögl als Geschäftsführer in die Arbeitsgemeinschaft delegiert, dessen Nachfolger der Genosse H. Cohen am 2. Dezember 1919 wurde.

In eingehender Weise beschäftigt sich der Bericht dann mit der Frage des Aufbaues der Arbeiterräte; das dokumentarische Material über die Beschlüsse der Vorstände und die von der Generalkommission gegenüber dem Demobilisierungsamt dargelegte Auffassung sowie die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins und die Erklärungen der Reichsregierung gegenüber der Abordnung der sozialdemokratischen Arbeiterräte vom 5. März 1919 werden wiedergegeben.

Die Differenzen in der Arbeitersekretariatsfrage in Braunschweig wurden am 4. November 1918 durch eine Verständigung beigelegt. Das Sekretariat ist bereits seit Ende Dezember mit dem Arbeitersekretariat vereinigt worden.

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Regierung hat ebenfalls zugestimmt, daß Vertreter der Gewerkschaften zur Friedenskonferenz berufen werden sollen. Der Vorsitzende der Generalkommission wurde bereits im Dezember 1918 zu den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa hinzugezogen.

Zu der internationalen Konferenz am 3. Februar 1919 in Wien entsandte die Generalkommission drei Vertreter, die gleichzeitig an der dort tagenden internationalen Gewerkschaftskonferenz teilnahmen. Diese Gewerkschaftskonferenz beschäftigte sich mit den gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag und mit dem Weltfriedensbund; sie verlief durchaus harmonisch. Sie beschloß unter anderem, eine neue Konferenz nach Amsterdam spätestens bis Mai 1919 berufen zu lassen, die sich mit der weiteren Gestaltung des internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigen soll.

Der Bericht erwähnt die Berufung des zweiten Vorsitzenden der Generalkommission zum Staatssekretär des Reichsarbeitsamts und die Berufung des Genossen Robert Schmidt zum Unterstaatssekretär des Reichsarbeitsamtes am 3. Oktober 1918. Ebenso werden einige weitere Personalveränderungen und das Ausscheiden Wissel's aus dem Bureau der Generalkommission mitgeteilt.

Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von 704 101,34 M. und eine Gesamtausgabe von 682 616,16 M. auf. Die Einnahme übersteigt die Ausgabe um 21 485,18 M., so daß das Vermögen sich auf 245 633,18 M. erhöht hat. Gegenüber dem Vorjahre haben sich die Einnahmen um 290 196,53 M. erhöht. Diese Steigerung wird in der Hauptsache auf die größeren Mitgliederzahlen der Verbände zurückgeführt sowie auf die höheren Einnahmen der gewerkschaftlichen Frauenzeitung. Außerdem ist der Ertragsbeitrag der Verbände erheblich höher als im Jahre vorher. Von den Ausgaben nennen wir folgende Zahlen: Verwaltung 68 267,44 M., Bibliothek 2535,94 M., Druckfachen 12 777,55 M., Kongresse und Konferenzen 25 339,01 M., Agitation 237 432,76 M., Verlag 20 071,88 M., Korrespondenzblatt 88 194,72 M., Gewerkschaftliche Frauenzeitung 141 285,14 M., L'Operaio Italiano 1800 M., Oswiata 14 966,84 M., Zentralarbeitssekretariat 31 741,57 M., Sozialpolitische Abteilung 36 691,01 M., 11 Bezirkssekretariate und 54 Arbeitersekretariate erhielten laufende Zuschüsse.

Das Korrespondenzblatt mußte sich auch im vorigen Jahre infolge des Papiermangels mit einem erheblich eingeschränkten Umfange begnügen, so daß es der Redaktion unter diesen Zwangsverhältnissen recht schwer war, den Ansprüchen auf Raum gerecht zu werden. Sie mußte sich in erster Linie den sozialpolitischen Aufgaben der Kriegs- und Uebergangswirtschaft zuwenden, hat aber auch die eigentlichen gewerkschaftlichen Probleme nicht vernachlässigt. Eine besondere Artikelserie über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege ist später im Buchhandel veröffentlicht worden. In sozialpolitischer Hinsicht hat die Redaktion an den verschiedensten Problemen mitgearbeitet, eine Zeitschrift über die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und eine Propagandazeitschrift für den Arbeitskammergesetzentwurf der Gewerkschaften verfaßt. Seit Beginn des Jahres 1919 gibt die Redaktion den gewerkschaftlichen Nachrichten dienst heraus, der durch Druck vervielfältigt und der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse sowie den größeren bürgerlichen Blättern zugesandt wird.

Das polnische Blatt Oswiata ist mit Ausnahme der beiden Monate August-September regelmäßig vierzehntäglich in einer durchsichtlichen Auflage von 8975 Exemplaren erschienen. Die Auflage ist gegenüber dem Vorjahre um 3975 Exemplare gestiegen.

Die Generalkommission hat im Berichtsjahre 14 verschiedene Schriften herausgegeben, beziehungsweise zum ermäßigten Preis für die Gewerkschaften vermittelt, über die der Bericht nähere Angaben macht.

Das Arbeiterinnensekretariat hat auch im Berichtsjahre die Redaktion der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung besorgt, deren Auflage auf über 260 000 Exemplare gestiegen ist. Im übrigen ist die Tätigkeit des Sekretariats die gleiche geblieben wie in den vorigen Kriegsjahren. Besonders ist die vermehrte Forderung der Sekretariats von in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Arbeiterinnen, die Auskünfte oder Material für Referate und Besprechungen wünschen.

Über die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung wird berichtet, daß zu Beginn des Jahres 1918 der Kampf um eine Reform und eine Erweiterung der Gewerbeaufsicht durch Anstellung von Arbeiterkontrolleuren bei der Gewerbeinspektion und den gewerblichen Berufsvereinigungen in den Vordergrund trat. Neben der Kampagne in der Presse wurden in dieser Sache Eingaben an das Ministerium des Innern, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen, sowie an den Reichskanzler, an das Reichswirtschaftsamt und an den Reichskommisnar für Wohnungswesen gemacht.

Das Zentralarbeitssekretariat erhielt 600 Sachen gegen 587 im Jahre vorher. Sie betrafen Unfallversicherung in 478 Fällen, Invalidenversicherung 58, Krankenfallsachen 14, Knappschaftsversicherung 7, Kriegsfragen 26, Zivilsachen in 18 Fällen. Außerdem mußte im Berichtsjahre Auskunft auf 1632 Anfragen gegeben werden in Sachen, die mit den schwebenden Streitfällen nicht im Zusammenhang standen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragszahlung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 1. Juni der 23. Rosenheiteran für die Zeit vom 1. bis 7. Juni 1919 fällig ist.

Die Erhebung von Ertragsbeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Verbandsstelle:			Ordnung der Beitragszahlung
	I	II	III	
Duisburg	20	15	10	28. Beitragswoche.
Frankfurt a. M.	30	15	10	28.
Höchst a. M.	20	10	10	28.
Hörsing	30	—	15	28.
Hamburg a. S.	15	—	—	1. Juli.
Märkerney	30	—	—	28. Beitragswoche.
Muhl	30	15	10	28.
Sangerhausen	10	10	—	28.
Witten a. S.	30	—	15	1. Juni.

Die Nichtbezahlung dieser Ertragsbeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jena:
des Schlosser Friedrich Wiegand, geb. am 23. Oktober 1884 zu Jarnede (A 911).

Aufforderung zur Rechtfertigung:
Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
des Zigarettenmaschinenführer Paul Rückert, geboren am 5. Oktober 1890 zu Seifersdorf, Buch-Str. 1, 1510910. Rückert wird der Unterschlagung bezichtigt. (8)

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zutritt ist fernzuhalten:

von Handarbeitern u. Orthopädemachern nach Stuttgart (St.); von Metallarbeitern nach Weimingen (Ja. Schulz) M.; von Zinngießern nach Regensburg (Ja. Wiedenmann) D.
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Metallarbeiter.

Duisburg. In der Generalversammlung der hiesigen Verwaltung, die von ungefähr 700 Kollegen besucht war, wurde beschlossen, eine besondere Jugendorganisation zu gründen. Die Generalversammlung erklärte sich zur Bewilligung der dazu benötigten Gelder bereit. Es wurde ein besonderer Jugendauschuss gebildet. Kollege Cremer's erstattete den Geschäftsbericht und führte aus, daß das erste Vierteljahr für unsere Verwaltungsstelle von größter Wichtigkeit gewesen sei, denn es sei uns gelungen, auch in der Schwerindustrie zu bestimmen Lohnveränderungen zu kommen. Damit sei die für viele Arbeiter so üble Meisterwirtschaft in der Hauptsache beseitigt. Die Frage der Lohnhöhe sei eine durchaus komplizierte und schwierige, denn auf der einen Seite erklären uns die Unternehmer bei allen Verhandlungen: "Wenn wir diese Forderungen bewilligen, dann bedeutet das in kurzer Zeit den Ruin des Unternehmens herbeizuführen." Auf der anderen Seite verlangen die Arbeiter mit Recht einen Lohn, der ihnen über die so sehr schwierige Zeit hinweghilft. Eine nicht gerade erfreuliche Erfahrung hat sich nach Abschluß unserer Lohnvereinbarungen bemerkbar gemacht, und zwar waren es zunächst einmal eine Anzahl Unternehmer, die die Innehaltung der Vereinbarungen zu umgehen versuchten. Und später waren es die Arbeiter einzelner Betriebe, die sich an die getroffenen Abmachungen nicht mehr halten wollten und neue Lohnforderungen stellten. Beides ist zu verurteilen. Abmachungen werden getroffen, um auch von beiden Seiten innegehalten zu werden, sonst hat der Abschluß von Tarifverträgen überhaupt keinen Wert. Cremer's konnte mitteilen, daß in einer Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Forderung auf Erhöhung der Arbeiterlöhne aufgestellt wurde. Eine Konferenz der sämtlichen Arbeiterauschüsse mitglieder der Duisburger Metallindustrie hat eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet und sie der Arbeitsgemeinschaft bereits zugestellt. Des weiteren soll in eine Revision des jetzt bestehenden Lohns für die Glühbirnenindustrie eingetreten und die Wünsche der einzelnen Arbeiterkategorien in besonderen Berufskonferenzen entgegengenommen werden. Bei den Arbeiteraus-schüssen im März, bei welchen die einzelnen Organisationsrichtungen selbständig vorgehen, hatten die freien Gewerkschaften einen durchschlagenden Erfolg. Das Ergebnis aus 41 Betrieben ist folgendes: Freie Gewerkschaften 11 217 Stimmen, 181 Ausschussmitglieder, Christliche Gewerkschaften 4781 Stimmen, 79 Ausschussmitglieder, Nicht-Christliche Gewerkschaften 3061 Stimmen, 31 Ausschussmitglieder, polnische Gewerkschaften 2317 Stimmen, 15 Ausschussmitglieder, Christliche 621 Stimmen, 9 Ausschussmitglieder. Auf der Friedrich-Wilhelm-Platz in Hainhausen konnten keine Neuwahlen vorgenommen werden, weil sie im besetzten Gebiet liegt. Diese Ausschusswahlen haben bewiesen, daß auch in Duisburg die freien Gewerkschaften dominierend sind, haben wir doch mehr Stimmen erhalten als alle anderen Organisationen zusammen. Unsere Mitgliederzahl stieg im 1. Vierteljahr von 13 885 auf 17 025. Der Kassenbestand der Verbandsstelle erhöhte sich von 45 145,64 M. auf 76 127,91 M. Der Geschäftsbericht rief eine mehrstündige Aussprache hervor. Die Wünsche der Former beantragte, den in der Bremer Verwaltungsstelle gefaßten Beschlüssen zuzustimmen. Diese Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: "Die in der Vorwoche tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Duisburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beauftragt die Ortsverwaltung, einen neuen Lohnstarif mit den Unternehmern abzuschließen. Die Bestimmungen desselben sind in allen ihren Einzelheiten für Unternehmer sowohl wie für sämtliche Arbeiter solange bindend, bis der Tarif entweder durch die Ortsverwaltung als außer Kraft gesetzt erklärt oder durch einen neu abgeschlossenen Vertrag gelöst wird." Im Vorschläge zur Änderung unseres Statutes dem nächsten Verbandstag unterbreiten zu können, wurde eine Statutenberatungskommission gewählt. Nachdem noch die Kandidaten für die Wahlen zum Gewerkschaftskongress aufgestellt waren, erfolgte Schluß der in allen Teilen antegend verlaufenen Generalversammlung.

Es. In. Unsere letzte Generalversammlung tagte zum ersten Male zusammengefasst aus Delegierten der einzelnen Branchen. Fühlte doch unsere Zahlstelle am Schlusse des 1. Vierteljahres 1919 5749 Mitglieder. Es war deshalb nicht mehr möglich, Mitgliederberaternungen abzuhalten. Kollege Köhler erstattete den Tätigkeitsbericht, aus dem hervorging, daß auch in diesem Vierteljahr eine Reihe Lohnbewegungen ohne ArbeitsEinstellung durch Tarifabschlüsse mit den Unternehmern erledigt wurden. Nur die Paulschlosser mußten wegen eines Stundenlohnes von 1,50 bis 1,75 M. vier Wochen im Ausstand verharren, ehe die Unternehmer diesen für die heutige Zeit recht geringen Lohn bewilligten. Den Bericht über die Mitgliederbewegung und den Kassenbericht gab Kollege Müller, aus dem besonders hervorzuhellen ist, daß endlich auch die Arbeiterstadt Übung zu den Statuten mit einer gut organisierten Arbeiterchaft zu geben ist. Der größte Teil unserer Mitglieder ist noch jung in der Organisation, und

daher ist es Aufgabe der Ortsverwaltung und der Vertrauensleute...

Emden. In der am 26. April abgehaltenen Mitgliederversammlung...

Mühlheim (Ruhr). Am 11. Mai wurde die äußerst gut besuchte...

zuarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis...

Umbreit forderte gewerkschaftliche Unterrichts...

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herab...

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1918.

Auch das letzte Kriegsjahr konnte der Großverkaufsgesellschaft...

Hier möge nur eine Zahl, die über den Umsatz, wiedergegeben...

Das anfruchtliche Bedauern jedes Genossenschaftlers über die...

Ein Weg zur technischen Fortbildung.

Der Verlag der Zeitschrift für Maschinenbau...

Hierfür gibt es zwei Mittel: Den schulmäßigen Unterricht...

Ein Vergleich mit Amerika zeigt diesen Mangel im besten Licht...

Wir wissen, daß die größte amerikanische Fachblatt der Maschinen...

Wir besitzen das Uebersetzungsrecht des American Machinist...

Wir bitten alle, die an der Gründung eines solchen Unternehmens...

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. Samstag, 31. Mai: Kolmar i. Posen... Sonntag, 1. Juni: Reusdorf... Sonntag, 3. Juni: Kallstadt... Sonntag, 10. Juni: Kallstadt... Sonntag, 17. Juni: Kallstadt... Sonntag, 24. Juni: Kallstadt... Sonntag, 1. Juli: Kallstadt... Sonntag, 8. Juli: Kallstadt... Sonntag, 15. Juli: Kallstadt... Sonntag, 22. Juli: Kallstadt... Sonntag, 29. Juli: Kallstadt... Sonntag, 5. August: Kallstadt... Sonntag, 12. August: Kallstadt... Sonntag, 19. August: Kallstadt... Sonntag, 26. August: Kallstadt... Sonntag, 2. September: Kallstadt... Sonntag, 9. September: Kallstadt... Sonntag, 16. September: Kallstadt... Sonntag, 23. September: Kallstadt... Sonntag, 30. September: Kallstadt...

Rundschau

Behälterkongress der Gewerkschaften Deutschlands

Montag den 20. Juni 1919 in Nürnberg

im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauenroten 43.

- 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate).
2. Sachverhaltsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: E. Regien (Berlin).
3. Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichterstatter: Th. Leipart (Berlin).
4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Berichterstatter: A. Cohen (Berlin).
5. Die Aufgaben des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Berichterstatter: Th. Leipart (Berlin).
6. Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Berichterstatter: J. Sassenbach (Berlin).
7. Die Sozialisierung der Industrie. Berichterstatter: F. Umbreit (Berlin). Landwirtschaftliche Produktion und Ansehung. Berichterstatter: G. Schmidt (Berlin).
8. Regelung des Lehrlingswesens. Berichterstatter: J. Sassenbach (Berlin).

Der Kongress wird am 21. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich zum 3. Juli tagen.

Berlin, den 19. Juni 1919.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Arbeit des Sekretariats: G. Hoff, Seidenstraße 2/27, Nürnberg.

Konferenz der Vertreter der Verbandsschritte.

Die am 13. und 14. Mai abgehaltene Konferenz leitete Regien mit einem Bericht über den von der Entente angebotenen Friedensvertrag ein...

Sonstige Anzeigen

Graveur-Schiffen der gemischten Branche... Meister... Lädtige Herumwacher... Lädtige Orthopädie-Mechaniker auf künstliche Glieder und Heftung-Apparate...